

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden und G.H.F. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Litkeby

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten in der 51. Woche vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1 Million M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Millionen M., Einzelnummer 200 Millionen M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 20 mm breite Kellmazeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf., Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 296

Dresden, Freitag den 21. Dezember 1923

34. Jahrg.

Gefahren der Hungerlöhne

Nicht nur die Gehälter der Staatsbeamten sind bei der letzten Neuregelung allzu niedrig festgesetzt worden, sondern auch die Löhne und Gehälter der in Privatunternehmungen beschäftigten Angestellten und Arbeiter sind meist so niedrig, daß ihre Kaufkraft sehr weit hinter den Friedensstand zurückbleibt. Da unser Preisniveau erheblich über der Friedenshöhe steht, müßten die Löhne und Gehälter, selbst wenn man einen Entbehrensfaktor einrechnet, mindestens ebenso hoch sein wie im Frieden. Sie bleiben aber meist beträchtlich unter der in der Vorkriegszeit erreichten Höhe zurück.

Die Herabdrückung der Löhne und Gehälter ist den Unternehmern deswegen möglich, weil die Gewerkschaften durch die schnell fortschreitende Geldentwertung der letzten Monate und die gemaltige Skizze geschwächt sind, sonst würden sich die Arbeiter und Angestellten so geringe Löhne und Gehälter nicht gefallen lassen. Nach der Revolution hat die Arbeiterklasse ihre Machtposition gegenüber dem Unternehmertum stärken können, jetzt wollen die Unternehmer wieder einmal zeigen, daß sie die Herren sind. Gewiß ist das deutsche Volk sehr viel ärmer als in der Vorkriegszeit, aber gerade deswegen ist die Lohnpolitik der Unternehmer sehr töricht, weil sie eine wirtschaftliche Erholung uners Boffes erschwert.

Die Niedrighaltung der Löhne wird mit der Behauptung begründet, daß die Produktionskosten möglichst herabgedrückt werden müssen, damit wir die Preise abbauen und auf dem Weltmarkt besser konkurrieren können. Selbst wenn es wirklich wahr ist, daß bei niedrigen Löhnen auch die Herstellungskosten der Waren gering sind, ist deshalb noch nicht gesagt, daß auch die Waren billiger werden. Die Preise vieler Waren, besonders die der landwirtschaftlichen Produkte, sind von den Weltmarktpreisen abhängig. Auch wenn die Löhne noch so niedrig sind, verkauft der Bauer sein Getreide nicht wesentlich unter dem Weltmarktpreis. Und auch bei Industrieprodukten ist keine Gewähr gegeben, daß einer Herabsetzung der Löhne eine Verbilligung der Preise folgt. Der kapitalistische Unternehmer wird auch bei einer Verbilligung der Produktionskosten die Preise solange als möglich festhalten suchen, um hohe Gewinne zu erzielen. In vielen Wirtschaftszweigen ist durch Konventionen und Kartelle die Konkurrenz ausgeschaltet, so daß für den einzelnen Unternehmer kein Zwang zur Preisverbilligung besteht.

Sind aber Hungerlöhne überhaupt ein geeignetes Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten? Nicht nur auf den Lohn kommt es an, sondern auch auf die Leistung. Und wie soll es möglich sein, daß halbverhungerte, von schweren Sorgen geplagte Menschen Fleißiges leisten? Schlecht bezahlte Arbeit ist durchaus noch keine billige Arbeit. Es ist eine alte Erfahrung, daß auf dem Weltmarkt in erster Reihe nicht diejenigen Länder konkurrenzfähig sind, wo die Arbeiter mit Hungerlöhnen abgehängt werden, sondern diejenigen, wo die Arbeiter sich ein erträgliches Dasein erkämpft haben. Deutschland hat in der Vorkriegszeit einen beispiellosen industriellen Aufschwung erlebt, obgleich es den Gewerkschaften gelang, allmählich die Lage der breiten Massen zu bessern. Ebenso haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika industriell gewaltig entwickelt, trotzdem die Löhne der amerikanischen Arbeiter höher waren als anderwärts. Gerade Amerika hat gezeigt, daß hohe Löhne ein Ansporn für die Unternehmer sind, ihre Betriebe im höchsten Maße organisatorisch und technisch zu verbessern, um auf diese Weise die Produktionskosten zu vermindern, während sich niedrige Löhne häufig als ein Hindernis für die Ausgestaltung der Betriebe erwiesen.

Für die niedrigen Löhne und Gehälter wird die Allgemeinheit hüben müssen. Unheimlich ist die Zunahme der Tuberkulose und der Strahlenkrankheiten aller Art. Die Volksgesundheit muß den schwersten Schaden erleiden, wenn das Einkommen der arbeitenden Massen keine ausreichende Ernährung ermöglicht, um so mehr, als heute der Proletariat in überfüllten und ungelunden Wohnungen hausen muß. Was soll aus der Generation werden, die unter solchen Umständen heranwächst?

Durch die niedrigen Gehälter und Löhne wird die Kaufkraft der Bevölkerung aufs äußerste herabgesetzt. Woher soll der Absatz für die zahlreichen Industrien kommen, die Massenprodukte herstellen? Die Kaufleute dürften ein Lied davon singen können, wie gering in diesem Jahre das Weihnachtsgeschäft ist. Kann doch ein Arbeiter, der mit einem Wochenlohn von 20 Mark und weniger auskommen muß, kaum daran denken, den Seinen auch nur die kleinste Weihnachtsgabe zu bereiten. Von der Anschaffung von Bekleidungsgegenständen, Möbeln usw. kann bei der großen Mehrzahl der Bevölkerung heute nicht die Rede sein. Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit so schwer zurückdrängen ist?

Bei vielen Unternehmungen wird schon deshalb, weil sie nur geringen Absatz finden, durch die Herabdrückung der Löhne eine Verminderung der Produktionskosten nicht erreicht werden können. Ein Betrieb arbeitet nur dann billig, wenn er seine Einrichtungen voll ausnützen kann. Das ist bei geringem Absatz nicht möglich, und deswegen müssen heute in vielen Unternehmungen trotz den niedrigen Löhnen die Herstellungskosten hoch sein. Wenn aber die Fertigungsindustrie an Absatzmangel leidet, so muß das auch auf diejenigen Industrien zurückwirken, die Produktionsmittel herstellen. Welcher Fabrikant wird sich jetzt eine neue Maschine anschaffen, wenn er die vorhandenen Produktionsmittel nicht genügend ausnützen kann? So sind die Hungerlöhne nicht nur eine Gefahr für die Arbeiterklasse; die Unternehmer schaden sich durch ihre kurzfristige Lohnpolitik

selbst. Wer es ist eine alte Erfahrung, daß die Unternehmer und ihre Vertreter von jeder volkswirtschaftlichen Einsicht verlassen sind, wenn es gilt, den Kampf gegen die Arbeiterklasse zu führen.

Die Proletarier werden sich so bald wie möglich das erkämpfen müssen, was das Unternehmertum ihnen jetzt verweigert: Löhne und Gehälter, die ihnen ein halbwegs menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Deshalb kann es nichts Verfehlteres geben, als wenn ein Arbeiter, verdrängt über die Not der Zeit, seiner Gewerkschaft den Rücken kehrt. Mehr denn je zeigt sich gerade jetzt, wie bitter notwendig die Proletarier seiner Organisation bedarf.

Bürgerliche Einheitsfront in Thüringen

Die Landtagswahl in Thüringen findet nicht schon im Januar, sondern nach der amtlichen Verkündung am 10. Februar statt. Wie das Bürgertum einen Block gegenüber der Sozialdemokratie zu bilden versucht, zeigt folgende Meldung:

Weimar, 19. Dezember. Die bürgerlichen Parteien des Landtags von Thüringen haben heute folgende Erklärung erlassen: Der Thüringer Landtag hat sich aufgelöst. In ihm hatten sich die vier nichtsozialistischen Fraktionen zu gemeinsamer Arbeit, die gegen die sozialistische Partei als gemeinsame Front, die gemeinsame Gemeindefront auch im bevorstehenden Wahlkampf unter allen Umständen aufrechterhalten zu sehen und empfehlen deshalb unbedingt den Wähler für den Wahlkampf. Zugleich fordern sie dazu auf, alle Herabsetzungs- und Sonderbestimmungen zu vermeiden und alle Kräfte auf das eine Ziel: Überwindung der sozialistischen Alleinherrschaft zu vereinen.

Diese Bestrebungen, die gesamten bürgerlichen Parteien in eine gemeinsame Front zu setzen mit der einzigen Parole: Nieder mit der Sozialdemokratie! sind freilich noch nicht ermöglicht gelungen. Andre Meldungen behaupten, die Demokraten einzelner Orte opponieren noch. Gleichwohl, diese Bestrebungen der bürgerlichen Parteien sind sehr ernst zu nehmen. Sie zeigen der Arbeiterklasse die ganze

Größe der Gefahr. Sie sollten aber auch für das Proletariat eine Lehre sein! Geht in Thüringen schließlich eine proletarische Mehrheit, die eine sozialistische Regierung ermöglicht, verloren, so nur durch Uneinigkeit und Selbsterfleischung im Proletariat. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden dann aber mit den Strömungen und Sprengern, die den kommunistischen Wahnpapieren folgen, gebührend abrechnen. In Thüringen geben uns die Thüringer Vorgänge genug zu denken — gerade uns in Sachsen!

Vermeidung des Staatsbankrotts!

Der abgelehnte Rentenmarkkredit

Der Reichsfinanzminister Dr. Lutz hat bei der Rentendank beantragt, daß der Reichsregierung ein Zusatzkredit über die in der Rentenbankverordnung vorgesehenen 1200 Millionen hinaus gewährt wird. Es soll sich dabei um einen vorübergehenden Kredit handeln, der keine inflationistischen Wirkungen habe, der aber notwendig sei, bis die erhöhten Einnahmen des Reiches fließen. Der Ausschuss der Rentenbank hat dieses Verlangen, wie bereits gemeldet, abgelehnt. Anzeichen wegen dieser Stellungnahme der Rentenbank wird die Reichsfinanzverwaltung vom 22. Dezember d. J. an auf Rentenmark lautende Wechsel des Reiches abgeben, um sich auf diese Weise die ihr von der Rentenbank verweigerten flüssigen Mittel zur Erfüllung der Staatsaufgaben zu schaffen.

Der Antrag, den der Reichsfinanzminister an die Rentenbank gestellt hat, kommt, so schreibt der Vorwärts, für die Öffentlichkeit sehr überraschend. Erst vor kurzem hat der Reichsfinanzminister erklärt, daß eine Erhöhung der Rentenbankkredite für das Reich nicht in Betracht kommen könne. Jetzt hat er sich trotzdem zu diesem Schritt entschlossen. Das Erstaunliche daran ist die Tatsache, daß es im jetzigen Augenblick geschehen ist. Denn soweit wir über die Finanzlage des Finanzministeriums unterrichtet sind, hat der Finanzminister die Ausgabe von Schatzanweisungen des Reiches erst im Monat Januar bis März in Aussicht genommen. Daß er sich in diesem Augenblick zu diesem Schritt aber bereits entschließen muß, läßt erkennen, daß die Finanzlage des Reiches noch trostloser ist als allgemein angenommen wird.

Es ist daher völlig unverständlich, daß das Reich, das sich in so grenzenlosen Finanzschwierigkeiten befindet, in demselben Augen-

Das Weihnachten der Erwerbslosen

Weitere Herabsetzung der Unterstützung

Die Reichsregierung erklärt öffentlich folgendes: Berlin, 20. Dezember. „Wie bekannt, ist die Reichsregierung entschlossen, unter Anspannung der letzten finanziellen Kräfte die Erwerbslosenfürsorge auch im besetzten Gebiet weiterhin zu leisten. Das ist allerdings nur bei äußerster parsimonischer Verwendung der geringfügigen Mittel möglich. Bei den Einsparungen, die somit notwendig geworden sind, würde es für das besetzte Gebiet mit Rücksicht auf dessen wirtschaftliche Notlage bei den bisherigen Unterstützungssätzen bleiben, während im unbesetzten Deutschland die Sätze fühlbar herabgesetzt werden müßten. Eine einigermaßen ausreichende Fürsorge für die Erwerbslosen wird gleichwohl nur dann zu ermöglichen sein, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Teil der Lasten übernehmen, wie es in der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 bestimmt ist. Diese notwendige Beechränkung der öffentlichen Mittel für die Erwerbslosenfürsorge ist leider dadurch geschärft, daß die Interalliierte Rheinlandkommission bisher ihre Zustimmung zu der Durchführung der genannten Verordnung im Rheinland noch nicht erteilt hat, was hoffentlich bald geschieht.“

Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß das Reich sich der Pflicht, für die Erwerbslosen zu sorgen, Schritt für Schritt entzieht. Die rein bürgerliche Reichsregierung erklärt einfach, die Erwerbslosen sind nur dann vor dem Verhungern noch notdürftig zu schützen, wenn Unternehmer und Arbeiter den kräftigsten Anteil zur Unterstützung beitragen. Die Verordnung vom 15. Oktober soll also durchgeführt werden — anscheinend ohne Rücksicht auf die augenblickliche Not der Arbeiter und vor allem der Erwerbslosen. Wie man die Durchführung gestalten wird, ist noch nicht abzusehen. Als einzig „greifbares“ Weihnachtsgeschenk für die Erwerbslosen bleibt nur die Ankündigung übrig:

„Die Unterstützungssätze müssen fühlbar (!) herabgesetzt werden.“

Wohl gemerkt: fühlbar! Die Arbeitslosen sollen es am Christfest fühlen, wie die rein bürgerliche Reichsregierung für sie sorgt. Es müssen nun alle Mittel erschöpfen werden, um die Pläne zur weiteren Verelendung der von der Arbeit und vom Erwerb ausgeschlossenen zuzufanden zu machen. Den Arbeitervertretungen aller Art erwachsen dabei die größten Pflichten.

Das Massenelend

Die neufestgesetzten Unterstützungssätze für Erwerbslose und Kurzarbeiter sind so gehalten, daß sie zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel, jeden Erwerbslosen, zumal in diesen Wintermonaten, dem Hunger und der Kälte in der erschreckendsten Form ausliefern. Die Reichsregierung sieht sich zu diesem rigorosen Vorgehen gegen die Erwerbslosen, die doch letzten Endes nur ein Opfer der Cuno-Politik sind, angeblich „gezwungen“, weil der im Notausfall vorgesehene Höchstbetrag von 340 Goldmark für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten und unbesetzten Deutschland unbedingt bis zum 31. März ausreichen soll. Selbstverständlich setzen die Unternehmer die Regierung unter Druck, daß die Er-

werbslosensätze dem von den Industriellen in Angriff genommenen Lohnabbau angepaßt werden. Die Folge ist, daß der Erwerbslose z. B. in Berlin 70 Pfennig pro Tag erhält, obwohl die Lebenshaltungskosten heute noch 150 Prozent über die gleichen Stellen in der Vorkriegszeit stehen. Welch ungeheure Verelendung über die Masse des Volkes damit als Weihnachtsgeschenk gebracht wird, kann man am besten daraus erkennen, daß im besetzten Gebiet noch annähernd zwei Millionen Erwerbslose und 500 000 Kurzarbeiter vorhanden sind und im unbesetzten Deutschland die Zahl der Arbeitslosen am 1. Dezember 1 450 000, die der Kurzarbeiter 1 800 000 betrug.

Seit dem 1. November leisten bekanntlich als Übergang zur Arbeitslosenversicherung Arbeitnehmer und Arbeitgeber Beiträge bis zu je 10 Prozent des Krankenversicherungsbeitrags. Dadurch sollen bereinigt vier Fünftel des Gesamtumsatzes an den Bescheid, der Rest durch die Gemeinden aufgebracht werden, während das Reich und die Länder nur ausnahmsweise unterstützend eingreifen sollen. Bisher sind jedoch die Beiträge, die aus dieser Neuordnung fließen, noch äußerst spärlich, nicht ausreißend, weil die Arbeitgeber alle Kräfte benutzen, um sich auch diese Last vom Hals zu halten. Im besetzten Gebiet macht ihnen das die Interalliierte Rheinlandkommission ganz besonders leicht, weil sie bisher ihre Zustimmung zur Durchführung dieser neuen Verordnung noch nicht gegeben hat. Die sonst von nationaler Meinung reisenden Arbeitgeber machen sich diese Gelegenheit selbstverständlich freudig zunutze, um, getrieben auf den „Erdbeiß“, dem Reich vorzuzunehmen, was des Reiches ist und dem Reiches sein muß, wenn nicht die gesamte Erwerbslosenfürsorge binnen kurzem zusammenbrechen soll.

Es großt in der Tiefe

„Friedenspreise“ als Wucher unter Schutz der Miltärverwaltung
Weimar, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Weimarer Stadtratsfraktion der U.S.P.D. hat eine Entschließung folgenden Wortlauts gefaßt:

„Wucher und Ausbeutung haben sich mit unerfüllter Vier in das Mark unsers Volkes eingeschrieben. Gemeindefürsorge, soziale Empfinden sind niemals in der Geschichte von der brutalen Macht des Kapitals so mit Füßen getreten worden als heute. Wenn weite Kreise des Volkes kaum noch das Geld für die notwendigste Nahrung anfordern können, hat kein Staat das Recht, Friedenspreise zu verlangen. Die Geschäftsleute müssen sich durch dieses stille Gebot der Stunde nicht erdemenen, einfach durch Gesetz und Gewalt dazu gezwungen werden. Dies ist eine dankbare Aufgabe der militärischen Macht. Leider haben sie sich nach dieser Seite nur recht fleißig betätigt. Hier war Miltärverwaltung am Platz, Miltärverwaltung bis zur Unmöglichkeit. Sie wird, wollen wir uns dem Elend herauskommen, einst noch sagen alle angewandt werden müssen, die unter Volk schamlos bewuchern und ausbeuten, und die sich in einer Zeit, wo Arbeiter und Beamte im grauen Elend versinken, nicht schämen, Friedenspreise zu verlangen. Wann kommt eigentlich die eiserne Faust, die dieses Krämerngeheiß zum Tempel hinauswirft? Wann wird endlich das Erwerbslosengesetz gegen Sanbilate, Truste und Ringbildungen des Kapitals angewendet werden? Es strömt in den Massen. Die verantwortlichen Stellen mögen die Reichen der Zeit nicht verkennen. Fernweisung hat in der Geschichte der Völker auch schon Gewalten niedergeworfen, sagen die Gesetze und Verordnungen machtlos erdienen.“